

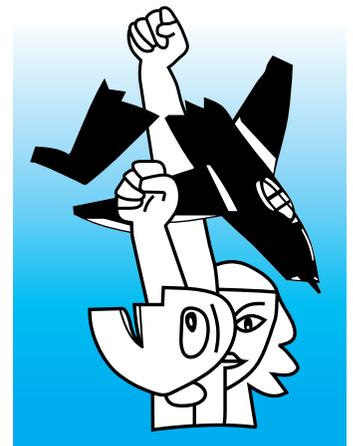
PROTESTE

GEGEN DIE NATO-KRIEGSTAGUNG

SAMSTAG, 18. FEBRUAR 2017 IN MÜNCHEN

AUFRUF
Geht
mit uns
auf die
Straße!

FRIEDEN STATT NATO NEIN ZUM KRIEG!



DEMO & PROTESTKETTE

13 Uhr Stachus

Auf der sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz (SIKO) im Februar 2017 versammeln sich die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machteliten, vor allem aus den NATO-Staaten, den Hauptverantwortlichen für das Flüchtlingselend, für Krieg, Armut und ökologische Katastrophen.

Ihnen geht es – entgegen ihrer Selbstdarstellung – weder um die friedliche Lösung von Konflikten noch um Sicherheit für die Menschen auf dem Globus, sondern um die Aufrechterhaltung ihrer weltweiten Vorherrschaft und um die Profitinteressen multinationaler Konzerne.

Vor allem aber ist die SIKO ein Propaganda-Forum zur Rechtfertigung der NATO, ihrer Milliarden-Rüstungsausgaben und ihrer auf Lügen aufgebauten völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze, die der Bevölkerung als „humanitäre Interventionen“ verkauft werden.

Das Kriegsbündnis NATO ist eine Bedrohung für die ganze Menschheit

Die NATO-Staaten schützen Handelswege statt Menschenrechte, – bekämpfen die Flüchtenden statt die Fluchtursachen. Sie sichern den Reichtum der Reichen statt Nahrung für Alle, schüren Konflikte und fördern den Terrorismus. Die NATO setzt auf das Recht des Stärkeren.

Seit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien – unter grundgesetzwidriger Beteiligung Deutschlands – brechen die NATO-Staaten das Völkerrecht. Ihr vorgeblicher „Anti“-Terrorkrieg ist nichts anderes als blanker Terror. Der Drohnenkrieg der US-Regierung ist illegale Lynchjustiz, Mord auf Verdacht und hat bereits zehntausenden Unschuldigen das Leben gekostet.

Kaum ein Land, das sich nicht bedingungslos den Spielregeln der imperialistischen Staaten unter-

wirft, ist sicher vor „westlichen“ Militärinterventionen. Der verheerende Krieg in Syrien und das Erstarken des IS nach dem Irakkrieg sind das Ergebnis der von den USA, der NATO, der EU und ihren regionalen Verbündeten betriebenen Politik des „Regime-Change“. Ihre Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen und ihre Wirtschaftssanktionen haben diese Staaten zerschlagen und die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört.

Schluss mit dem Krieg in Syrien

Der von den NATO-Staaten offen angestrebte Sturz der syrischen Regierung, ihre militärische Unterstützung reaktionärster Kräfte und ausländischer Söldnerbanden ist ein Bruch der Charta der Vereinten Nationen. In einem doppelten Spiel benutzt der NATO-Staat Türkei den Krieg in Syrien für seinen jahrzehntelangen Krieg gegen die Kurden, der in brutaler Weise intensiviert wird, um

den in Syrien kann nicht mit Bomben, sondern nur durch eine politische Lösung mit den vom Krieg betroffenen Menschen erreicht werden. Sie brauchen eine lebenswerte Perspektive, damit sie dem IS jegliche Unterstützung entziehen.

Schluss mit der militärischen Mobilmachung gegen Russland

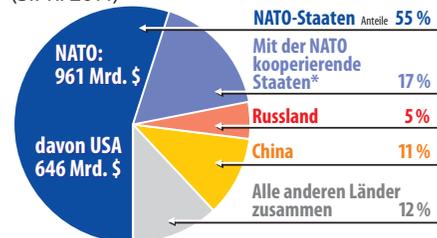
Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt und einen brandgefährlichen Konfrontationskurs in Gang gesetzt. Sie rückt bis an die Grenzen Russlands vor: Die dauerhafte Präsenz von NATO-Truppen mit der Vorverlagerung von Panzern und Kampfflugzeugen in die drei baltischen Staaten und Polen, die Aufstellung einer „Schnellen Eingreiftruppe“, die militärische Aufrüstung Kiews und die NATO-Manöver in Osteuropa dienen der Kriegsvorbereitung. Mit der sogenannten Raketenabwehr wollen sich die USA die risikolose atomare Erstschlagsfähigkeit gegen Russland verschaffen.

Deutschland ist bei jedem Krieg dabei

Unter Bruch der Verfassung ist Deutschland die militärische Drehscheibe für die US- und NATO-geführten Aggressionskriege. Auf deutschem Boden befinden sich die wichtigsten NATO- und US-Kommandozentralen. Vom US-Militärstützpunkt Ramstein werden Waffen- und Truppentransporte abgewickelt, Kampfeinsätze gestartet und der Einsatz der Killerdrohnen gelenkt. Die Bundeswehr ist an allen NATO-Kriegen direkt oder indirekt beteiligt und wird zu diesem Zweck militärisch hochgerüstet.

Die Bundesregierung hat angekündigt, in den nächsten 15 Jahren zusätzlich 130 Mrd. Euro in die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr zu stecken und darüber hinaus schrittweise die jährlichen Militärausgaben von heute 34,3 Mrd. auf ▶

WELT-MILITÄRAUSGABEN: 1.747 Mrd. \$
(SIPRI 2014)



* Sie stellen Truppen für NATO-Interventionen, beteiligen sich an Manövern oder stellen US-Stützpunkte: u.a. Japan, Australien, Taiwan, Kuwait, Neuseeland, Israel, Georgien, V.A.E., Saudi-Arabien, Pakistan, Südkorea, Ukraine

insbesondere das basisdemokratische Projekt Rojava in Nordsyrien zu vernichten. Zudem erhöht die NATO-Militärintervention die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen den USA und Russland und hat das Potenzial einer nuklearen Katastrophe für die ganze Welt.

Der Bombenkrieg, der tausende zivile Opfer fordert, muss von allen Seiten beendet werden. Frie-

2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (das wären rund 70 Milliarden Euro) zu erhöhen.

Im Jahr 2015 wurden von der Bundesregierung Rüstungsexporte in Höhe von 12,8 Mrd. genehmigt und im Vergleich zum Vorjahr beinahe verdoppelt. Autoritäre und reaktionäre Regime wie die Türkei, Saudi-Arabien und Katar sind bevorzugte Kunden der deutschen Rüstungskonzerne. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Im Verein mit den Atommächten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und Israel blockiert die Bundesregierung in der UNO Verhandlungen über ein Verbot aller Atomwaffen. Die in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen, die derzeit für erweiterte Einsatzfähigkeiten „modernisiert“ bzw. zu weitgehend neuen Waffen umgerüstet werden, sind Bestandteil der US- und NATO-Atomkriegsstrategie, an der auch die Bundesregierung – entgegen ihrer Lippenbekenntnisse zur atomaren Abrüstung – festhält.

Dagegen ist Widerstand angesagt.

Den Aufruf haben bisher über 80 Organisationen & mehr als 100 Einzelpersonen unterzeichnet (15.01.'17) **Die komplette Unterstützer*innen-Liste wird auf unserer Website regelmäßig aktualisiert.**

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-„SICHERHEITS“KONFERENZ
www.sicherheitskonferenz.de

12,8 Milliarden für weltweites Morden

„Wir treten für eine restriktive Rüstungsexportpolitik ein, denn nur das ist ein glaubhafter Ausdruck einer an den Menschenrechten orientierten Politik.“ Das sagte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) am 10.12.2013.

Diese Heuchelei ist kaum noch zu überbieten

Im Jahr 2015 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte in Höhe von 12,8 Mrd. Euro genehmigt und damit im Vergleich zum Vorjahr beinahe verdoppelt (Rüstungs-Exportbericht der Bundesregierung 2015). Zu den bevorzugten Kunden deutscher Rüstungskonzerne zählen autoritäre und reaktionäre Regime wie die Türkei, Saudi-Arabien und Katar.

Das Geschäft mit dem Tod blüht

Der Export von Kleinwaffen ist zwar zurück gegangen, trotzdem liegt Deutschland bei diesen Waffen hinter den USA weltweit auf Platz zwei der Exporteure. Allein vom Sturmgewehr G3 von Heckler & Koch (H&K) befinden sich weltweit ca. 15 Mio. Exemplare im tödlichen Einsatz. Kleinwaffen – Pistolen, Maschinenpistolen, Gewehre, Sturmgewehre und leichte Maschinengewehre – sind die

Krieg darf kein Mittel der Politik sein!

► **Wir sagen Nein zur Aufrüstung der Bundeswehr, zur Produktion von Kriegswaffen und zu Rüstungsexporten. Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei, an Saudi-Arabien und Katar!**

Die Milliarden für Rüstung und Krieg müssen für soziale Zwecke verwendet werden.

► **Atomwaffen raus aus Deutschland! Die nukleare Komplizenschaft mit den USA muss beendet werden. Die Bundesregierung muss die Bereitstellung der Tornado-Flugzeuge und das Training der Bundeswehr für den Einsatz der Atomwaffen beenden und den Stationierungsvertrag für die Lagerung der US-Atomwaffen kündigen.**

► **Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Raus aus der NATO und den Militärstrukturen der EU. Auflösung aller US- und NATO- Militärstützpunkte. Bundeswehr abschaffen.**

weitest verbreiteten Massenvernichtungswaffen. Ihr Einsatz ist für drei Viertel aller Kriegsopfer verantwortlich. Die Exporte von Kriegsmunition haben sich im 1. Halbjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verzehnfacht.

Über die Beihilfe zum Mord entscheidet der geheim tagende „Bundessicherheitsrat“.

Dieser exklusiven „Neunerbande“ gehören an: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel (SPD), Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), Innenminister Thomas de Maizière (CDU), Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), Justiz- u. Verbraucherschutzminister Heiko Maas (SPD), Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gerd Müller, (CSU) sowie der Chef des Bundeskanzleramts und Minister für besondere Aufgaben Peter Altmaier (CDU).

Stoppt den Waffenhandel

Am 3. und 4. März 2017 findet in Frankfurt am Main die Aktionskonferenz „Stoppt den Waffenhandel – gegen die desaströse Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung“ statt.

Infos: www.aufschrei-waffenhandel.de

► **Keine Beteiligung Deutschlands am Konfrontationskurs gegen Russland – weder an Kriegsmanövern, noch an der Militärpräsenz in Osteuropa. Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland.**

► **Solidarität mit den Flüchtlingen. Schutz und Sicherheit für alle Opfer aus Kriegsgebieten und den von Hunger, Armut und Umweltzerstörung heimgesuchten Ländern.**

Das Massensterben im Mittelmeer muss beendet werden. Die Schutzsuchenden brauchen legale Einreisemöglichkeiten nach Europa.

Als Teil einer weltweiten Widerstandsbewegung treten wir ein für Frieden und soziale Gerechtigkeit und rufen auf:

Kommt zur Demonstration gegen die Tagung der NATO-Kriegsstrategen
am Samstag, **18. Februar 2017** in München



Internationale Solidarität statt Nationalismus und Rassismus

Der Kampf um Frieden und gegen Krieg ist seinem Wesen nach international – und mit kulturellen Ressentiments keinesfalls vereinbar. Auf unserer Demonstration gibt es keinen Platz für völkisch-nationalistische Ideologien, weder für Rassismus noch für Antisemitismus oder für rechtspopulistische Islam-Hetze. Menschenrechte sind unteilbar.

Daher wünschen wir auf unseren Protestaktionen auch keine Nationalfahnen, weil diese von vielen Teilnehmern als Zeichen von Spaltung und Unterdrückung empfunden werden. Wer gegen diesen Konsens der Veranstalter dennoch verstößt, muss damit rechnen, von den Versammlungen des Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz ausgeschlossen zu werden.

Trump als Brandbeschleuniger für die Militarisierung der EU

Das britische Referendum zum Austritt aus der Europäischen Union und die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten dienen jetzt als willkommener Vorwand, um einen regelrechten Militarisierungsschub voran zu bringen, mit dem ein „starkes Europa“ erreicht werden soll.

Bereits am 28. Juni 2016 haben die europäischen Staats- und Regierungschefs beinahe unbemerkt eine neue EU-Globalstrategie für ein militärisch „stärkeres Europa“ beschlossen – mit dem Ziel, die EU als Weltmacht auf Augenhöhe mit Ländern wie den USA und China zu etablieren.

„Wir wollen und müssen mit den Amerikanern zusammenarbeiten, aber wir müssen dies auf Augenhöhe tun“, erklärte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 9. November 2016 in seiner Berliner „Europa-Rede“. Um die dafür erforderliche Stärke zu erlangen, brauche es verstärkte Anstrengungen für die „Einrichtung einer europäischen Armee“.

Einen stärkeren deutsch-europäischen Machtwillen fordert auch EU-Kommissar Günther Oettinger ein: „Europa muss erwachsen werden (...) die Zeiten, wo wir uns als kleiner Bruder der USA verstehen konnten“ würden „der Vergangenheit angehören.“ (Deutschlandfunk, 10.11.2016)

Am 22. November 2016 hat dann das EU-Parlament eine „Entscheidung zur europäischen Verteidigungsunion“ verabschiedet, in der es heißt, die Mitgliedstaaten müssten endlich die „Vorgabe“ umsetzen, „zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes für Verteidigungszwecke auszugeben“, um damit seit langem geplante, ehrgeizige Rüstungsvorhaben zu finanzieren. Insbesondere soll dabei die Rüstungsforschung auf EU-Ebene forciert werden. Und: Ein wichtiges Ziel sei die Entwicklung der „europäischen Drohnenindustrie“.

Auch SIKO-Chef Wolfgang Ischinger trommelt zur Aufrüstung

Die Wahl von Donald Trump sieht Ischinger als „Chance für Europa“, als willkommene Gelegenheit, die Militarisierung der EU rascher voran zu bringen und den Militäretat Deutschlands drastisch zu erhöhen.

„Wir müssen uns darauf einstellen, dass von uns mehr verlangt wird“. Die EU brauche jetzt „mehr

Tempo beim Auf- und Ausbau effektiver europäischer Verteidigungsstrukturen“, sagt er und betont dabei besonders „Deutschlands wichtige Rolle für den Westen“. Eine starke, global handlungsfähige EU sei „gerade für uns Deutsche eine strategische, politische und ökonomische Notwendigkeit“. Also noch mehr Krisen, Kriege, Katastrophen? Für den SIKO-Veranstalter kein Problem!

„Nach den frustrierenden Erfahrungen mit Interventionen, von Afghanistan über Irak bis Libyen, hat sich eine Interventionsmüdigkeit im Westen breit gemacht“, meint Ischinger, „die möglicherweise noch viel schrecklichere Folgen zeitigt als eine interventionistische Politik (...) Bei aller sinnvollen Selbstkritik“ sei „das Pendel des europäischen Selbstzweifels viel zu weit ins Negative geschwungen“. (Tagesspiegel, 26.10.2016)

Ins gleiche Horn bläst Ursula von der Leyen

Europa brauche heute als erstes „den gemeinsamen politischen Willen für mehr sicherheitspolitische Relevanz“, sagt sie. „Dafür könnte der Ausgang der Wahl in Amerika einen wichtigen zusätzlichen Impuls setzen. Damit Europa tatsächlich mehr Eigenständigkeit in Sicherheitsfragen gewinnt“, brauche es aber „mehr als den Willen zur Verantwortung“, nämlich auch „die notwendigen Mittel und taugliche Entscheidungsstrukturen.“ (Rheinische Post, 10.11.2016)

Mörderische Flüchtlingsabwehr

Das Mittelmeer ist zum Massengrab geworden, weil es für Flüchtlinge und Migranten keine legale Einreisemöglichkeit in die Europäische Union gibt.

Im Jahr 2016 sind nach Angaben der internationalen Organisation für Migration (IOM) und des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) 5079 Menschen auf ihrer Flucht über das Mittelmeer umgekommen – soviel wie nie zuvor.

2015 waren es bereits 3370 und im Jahr davor 3280 Schutzsuchende, die im Mittelmeer den Tod fanden. Die EU hätte die Möglichkeit die Menschen zu retten, aber sie lässt sie ertrinken.

Die EU paktiert mit Despoten und Diktaturen

Man wolle die Fluchtursachen bekämpfen, behaupten EU und Bundesregierung gleichermaßen. Darunter verstehen sie, die Flüchtlinge daran zu hindern nach Europa zu kommen.

Vorbild ist der Abschiebepakt mit dem despotischen Erdoganregime. Seit März 2016 werden alle Flüchtlinge, die auf den griechischen Inseln ankommen, in die Türkei zurück geschoben, in einen



Mehr als 5000 Tote im Mittelmeer

Staat, der die Menschenrechte zertrampelt. Die CSU verlangt erneut, dass Flüchtlinge die im Mittelmeer aufgegriffen werden, sofort in ihre Herkunftsländer zurückgeschoben werden, und dass in Afrika bewachte Aufnahmelager für die Deportierten errichtet werden sollen.

Im Sommer 2016 hat die EU damit begonnen, Abkommen mit zahlreichen afrikanischen Ländern abzuschließen, um die Fluchtrouten schon in den Herkunftsländern zu blockieren. Anstelle von Hilfe zur Beseitigung der Armut werden diesen Staaten umfangreiche Maßnahmen zur Grenzsicherung aufgenötigt und finanziert. Dabei schreckt die europäische „Wertegemeinschaft“ auch nicht vor Kooperationen mit Diktaturen wie Eritrea und dem Sudan zurück.

Bundesregierung will Verdoppelung der Militär- und Rüstungsausgaben

Am 23. November 2016 kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine „Zeitenwende“ bei den Militärausgaben an. Im Deutschen Bundestag erklärte sie, „dass wir noch nicht da sind, wo wir in der Erwartung unserer NATO-Partner sein müssten“. (Gemeint ist die Zielvorgabe eines Anteils des Verteidigungsetats am Bruttoinlandsprodukt von 2,0 Prozent) „Ich weiß, dass wir ein ganzes Stück davon entfernt sind (...) aber die eine Richtung muss klar sein: dass wir uns dem nähern, was wir alle miteinander (...) als Beitrag zur NATO versprochen haben, und das auch durchsetzen.“

Wollte die Bundesregierung die Zwei-Prozent-Quote bereits 2017 erfüllen, müsste der Militäretat von jetzt 37 auf gut 62 Milliarden Euro erhöht werden. Bei einem jährlichen BIP-Wachstum von etwa 1,5 % pro Jahr würden die Rüstungsausgaben bis 2025 auf weit über 70 Milliarden Euro ansteigen.

Noch haben die Militaristen die Köpfe der Menschen für ihren Kriegskurs nicht gewonnen. Doch die politisch-ideologische Mobilisierung für diesen Aufrüstungswahnsinn läuft bereits auf Hochtouren. Damit dürfen die Herrschenden nicht durchkommen.

VERANSTALTUNGEN IN MÜNCHEN



AUSSTELLUNG

NO JUSTICE – NO PEACE

Mittwoch, 1.02. – Dienstag, 28.02.
EineWeltHaus-Foyer, ganztägig

Grafiken und Fakten zu den globalen Wirtschafts- und Machtinteressen der reichen westl. Staaten und den katastrophalen Folgen für die Menschheit. **Vernissage:** 1. Februar, 18-19 Uhr

Mittwoch, 01.02. – 19.30 Uhr, EineWeltHaus

Die deutsch-französische Militarisierungsoffensive und die neue EU-Globalstrategie mit **Jürgen Wagner**, Informationsstelle Militarisierung – IMI. – Veranstalter: Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

Donnerstag, 09.02. – 19.30 Uhr, EineWeltHaus

Pulverfass Nahost – Globale Rivalitäten – Regionaler Vormachtkampf – Gibt es einen Weg zum Frieden? mit **Prof. Dr. Karin Kulow**, Islamwissenschaftlerin und **Claudia Haydt**, Soziologin, Informationsstelle Militarisierung – IMI. – Veranstalter: isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Freitag, 17. Februar, 17.00 Uhr, EineWeltHaus

Wie bauen wir Druck auf, um auszusteigen?
No NATO – Raus aus dem Kriegs Bündnis!

Diskussion mit **Inge Höger, MdB**, DIE LINKE, Sprecherin Antikapitalistische LINKE, Veran.: jungeWelt-Leserinitiative

MÜNCHNER FRIEDENSKONFERENZ

Freitag, 17.02., 19.00 Uhr, Altes Rathaus, Marienplatz
mit **Daniela Dahn** (Publizistin und Autorin)

Harald Welzer (Soziologe, Stiftung Zukunftsfähigkeit)

Elsa Rassbach (US-Bürgerin, Filmemacherin, Journalistin)

Samstag 18.2., 18.30 Uhr, DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64
Friedensethik & Friedenspolitik – mit Kirchen und Gewerkschaften im Gespräch. – www.friedenskonferenz.info

Unterzeichnen auch Sie bitte unsern Aufruf

Webformular: sicherheitskonferenz.de/Aufruf-unterstuetzen
oder per Fax einsenden an: 089 - 168 94 15

In jedem Fall bitte Namen / Organisation, E-Mail-Adresse und Ort angeben, evtl. auch Beruf oder Funktion!

Wir bitten um Spenden

Die Protest-Aktionen, die wir jährlich organisieren, kosten viel Geld. Spenden Sie also großzügig nach Ihren persönlichen Möglichkeiten.

SPENDENKONTO Claus Schreer

IBAN: DE 44 7001 0080 0348 3358 09

BIC: PBNKDEFF – Stichwort: „SIKO 2017“

Herausgegeben 2017 vom Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, presserechtl. verantwortlich: Claus Schreer, Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, Eigendruck im Selbstverlag. Titelgrafik: Thomas J. Richter, Zeichnung: Bernd Bücking, Gestaltung: Wob

www.sicherheitskonferenz.de

US-Atomwaffen raus aus Deutschland Sofortige Beendigung der nuklearen Teilhabe

Es ist ein jahrzehntelanger Skandal:

► Obwohl Deutschland 1974 den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben hat, in dem auf Atomwaffen, die Verfügungsgewalt darüber und ihren Einsatz verzichtet wurde,

► Obwohl der Internationale Gerichtshof 1996 den Einsatz von Atomwaffen, ja schon die Drohung mit deren Einsatz als Verstoß gegen das Völkerrecht verurteilt hat,

► und obwohl der Deutsche Bundestag 2010 mit überwältigender Mehrheit den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland gefordert hat,

sind heute immer noch US-Atomwaffen auf dem Bundeswehrfliegerhorst Büchel in der Eifel stationiert. Sie sind Bestandteil der US-Nuklearstrategie, an der sich Deutschland völker- und grundgesetzwidrig beteiligt. Auf Anweisung der Bundesregierung üben Piloten der Bundeswehr mit Tornadokampfbombern regelmäßig den Einsatz für den sogenannten Ernstfall.

Derzeit werden diese Bomben für erweiterte Einsatz-Fähigkeiten „modernisiert“. Bei der neuen B61-12 handelt es sich um die Entwicklung einer weitgehend neuen Waffe mit erheblich erweiterten Einsatzfähigkeiten,

mit variabler Sprengkraft, bunkerbrechend, mit besserer Zielgenauigkeit und größerer Reichweite durch elektronisch gesteuerte Leitwerke, und geeignet für alle Trägersysteme, durch die der bisherige Unterschied zwischen strategischen und nichtstrategischen Atomwaffen aufgehoben wird.

Diese neuen „vorwärts“ stationierten US-Atomwaffen ermöglichen den Einsatz unterhalb der Schwelle eines großen Atomkrieges.

Die nukleare Komplizenschaft Deutschlands mit den USA muss sofort beendet werden

Dafür braucht die Bundesregierung weder die Genehmigung der USA noch die der anderen NATO-Staaten. Die Behauptung der Bundesregierung, über den Abzug der US-Atomwaffen müsse die NATO entscheiden, ist nur eine freche Ausrede. Ob Atomwaffen in Deutschland stationiert bleiben, ob sich die Bundeswehr an einem Atomkrieg beteiligt und dafür trainiert, das haben weder US-Regierung noch NATO zu entscheiden, sondern allein die deutsche Regierung. Unterzeichnen Sie online die Petition an den Deutschen Bundestag: www.no-nukes-germany.de

DEMONSTRATION

GEGEN DIE NATO-KRIEGSTAGUNG IN MÜNCHEN

Samstag, 18. Februar 2017

13.00 Uhr: Auftaktkundgebung am Stachus/Karlsplatz

14.00 Uhr: **Demonstration** – Nord-Route ► Marienplatz

14.00 Uhr: **Protest-Kette** – durch die Fußgängerzone

15.00 Uhr: **Schlusskundgebung** auf dem Marienplatz

Umzingelung des Tagungsortes der NATO-Kriegs-Strategen

